

Mehr Erzieher für Kaufunger Kindertagesstätten

Gemeindevertreter diskutierten intensiv über Berichte zur Umsetzung der Pläne

Kaufungen – Die Gemeinde Kaufungen wird ihre Erzieherstellen aufstocken und so ab dem kommenden Kita-Jahr schrittweise neue gesetzliche Vorgaben umsetzen. Das haben die Gemeindevertreter Ende vergangener Woche beschlossen.

Die Veränderungen betreffen die Ausfallzeiten, die zeitlich aufgestockt werden. Die Leiterinnen werden zunächst im Kita-Jahr 21/22 mit fünf Stunden pro Gruppe freigestellt statt wie bisher pau-

schal zehn Stunden pro Kita unabhängig von der Größe. Der Gemeindevorstand wird beauftragt, die Gesamtkosten für die Umsetzung ab dem Kita-Jahr 2022/23 zu berechnen, mögliche Modelle der Umsetzung ausarbeiten und diese bis zum 1. November dieses Jahres vorzustellen.

Bevor dieser Entschluss fiel, wurde allerdings erst einmal diskutiert. Anlass war ein Änderungsantrag der Fraktion KWG. Diese forderte, dass über die Umsetzung des Pro-

jekts berichtet wird. „Grundsätzlich finden wir das richtig. Da es aber um viel Geld geht, würden wir gerne vom Gemeindevorstand im Quartalsrhythmus hören, was Stand der Dinge ist.“

Bürgermeister Arnim Roß (SPD) erklärte, „dass es nicht darum geht, ob wir gesetzliche Vorgaben umsetzen, sondern, ob wir damit schon in diesem Jahr schrittweise beginnen.“ Sicher könne man im Ausschuss gerne regelmäßig vom Fortschritt berich-

ten, allerdings nicht kurzfristig, sondern im Herbst, wenn genauere Zahlen vorliegen. Torsten Felstehausen (GLLK) zeigte Verständnis für den KWK-Antrag, betonte aber, wie wichtig es sei, schnell zu handeln. „Das Problem ist doch, Stellen zu besetzen, schon jetzt ist der Markt leer.“ Reinhold Orth (Grüne) erklärte, dass die Verwaltung bereits regelmäßig berichte, und Angelika Großberndt (SPD) forderte, den Antrag daher nicht zu ändern.

Karl Hellmich (SPD), Vorsitzender der Gemeindevertretung schlug nach der Diskussion vor, dass der Antrag dahingehend abgeändert wird, dass der Gemeindevorstand im Rahmen der halbjährlichen Berichte über die Auslastung der Kindertagesstätten über die Umsetzung des Gute-Kita-Gesetzes berichtet. Allerdings fand der Änderungsantrag keine Mehrheit und so wurde der ursprüngliche Antrag bei einer Enthaltung beschlossen.